



Protokollauszug

zum AUSSCHUSS FÜR BAUEN, TECHNIK UND UMWELT

am Donnerstag, 16.02.2012, 17:05 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1

**Neugestaltung Eberhardstraße
- Mündlicher Bericht**

Beratungsverlauf:

BM **Schmid** erklärt einleitend, bei der Neugestaltung der Eberhardstraße möchte die Verwaltung in eine Öffentlichkeitsbeteiligung eintreten.

Herr **Geiger** (FB Nachhaltige Stadtentwicklung) ergänzt, man habe schon in der Eberhardstrasse einige Partizipationsveranstaltungen gehabt. Heute wolle man lediglich den Arbeitsstand präsentieren. Mit dieser Präsentation werde man in die Öffentlichkeit gehen und in der Folge werde es eine Veranstaltung mit Gemeinderäten und Akteuren der Eberhardstraße geben. Die Veranstaltung sei öffentlich, sodass auch Bürger, welche ein besonderes Interesse an der Eberhardstraße haben, teilnehmen könnten. Erst dann, werde die Verwaltung die Beschlussvorlage fertigen.

Herr **Kurt** (FB Stadtplanung und Vermessung) informiert das Gremium über die bereits unternommenen Schritte und stellt anhand einer PowerPoint Präsentation (siehe Anlage 1 zum Protokoll) die weitere Ablaufplanung für die Eberhardstraße vor. Hierbei geht er auf die bereits erfolgten Gespräche und den ersten Runden Tisch ein. Weiter sei die Erweiterung des Sanierungsgebietes „Untere Stadt“, Vergabe der Ingenieurleistung, öffentlicher Runder Tisch bis März 2012 geplant.

Frau **Lehoczki** (FB Stadtplanung und Vermessung) informiert das Gremium über den planerischen Teil. Geplant sei, ein Gesamtkonzept herzustellen. Mittel hierfür habe man lediglich für die Realisierung des ersten Bauabschnittes. Der zweite Bauabschnitt sei dann ab der Bärenstraße geplant. Frau Lehoczki geht auf die Auswertung der GMA (Gesellschaft für Markt- und Abstzforchung) ein. Hierbei wurden der Innerstädtische Vergleich mit anderen Städten, der Besuchsgrund, die Häufigkeit und das von Besuchern benutzte Verkehrsmittel ausgewertet. Die Fußgängerzonenlänge im Vergleich mit Stuttgart sei fast identisch und bei der Verzahnung Kulturachse mit Einkaufsachse würde die Eberhardstraße mit dem neuen Museum einen weiteren Magneten darstellen. Bezüglich der Parksituation merkt sie an, dass Ludwigsburg zu den am besten ausgerüsteten Innenstädten gehöre. Bei der Verkehrsführung habe man 2 Varianten vorgestellt und hier sei die Variante 2, mit der Trennung der Eberhardstraße in zwei Bereiche, favorisiert worden.

Herr **Rosenstiel** (Architekturbüro Rosenstiel, Freiburg) erläutert die ersten Skizzen des internen Runden Tisches bezüglich der Gestaltung und Materialität für die Gehwege, Fahrbahn und Anlieferung.

In der anschließenden Aussprache regt Stadtrat **Rebholz** an, zusätzlich die Markthändler und die Kunden zum „Runden Tisch“ einzubeziehen. Bedenken habe seine Fraktion, den Wochenmarkt in Richtung Eberhardstraße auszuweiten, da der Markt, Stand heute, nicht richtig voll sei und daher stelle sich die Frage, ob diese Ausweitung überhaupt benötigt werde. Stadtrat Rebholz bittet die Verwaltung, erst wenn klar sei, was man wolle, solle über die Gestaltung gesprochen werden. Klarheit erhoffe man sich nach dem „Runden Tisch“ bezüglich der Verkehrsführung und der Parksituation.

Stadträtin **Liepins** merkt an, mit dem Verfahren könne sie mitgehen. Wichtig sei ihr die breite Bürgerbeteiligung. Nachdem einiges an Gastronomie zwischen Museum und Bärenstraße angeboten werde, sei es ihrer Fraktion zudem wichtig, dass die Gehwege breit gestaltet werden.

Stadtrat **Seybold** erklärt, das Ergebnis des internen „Runden Tisches“ widerspreche den heutigen Aussagen. Beim zweiten „Runden Tisch“ sei er, obwohl Eigentümer und Gewerbetreibender in der Eberhardstraße, nicht geladen gewesen und drückt seine Empörung aus. Man sei sich einig gewesen, dass die Wilhelmstrasse bis zur Bärenstraße saniert werden solle. Die Gewerbetreibenden waren sich ebenfalls einig, auf die Parkierung zugunsten der Gastronomie zu verzichten. Weder die Gestaltung um die Katholische Kirche noch der Verkehrsverlauf in der Eberhardstraße sei bei diesem ersten „Runden Tisch“ angesprochen worden.

Stadtrat **Gericke** vertritt die Meinung, dass das Verfahren so weitergeführt werden könne. Gut findet er ebenfalls, dass die gesamte Eberhardstraße rund um die Katholische Kirche in die Planung aufgenommen wurde. Auch wenn jetzt nur der erste Bauabschnitt vorgesehen sei, sei ihm wichtig, dass die Planung aus einem Guss ist. Die Verkehrsplanung müsse vor Beginn der Umgestaltung geklärt sein. Ebenso sei sehr wichtig, bei der Gestaltung darauf zu achten, den Fußgängern die Möglichkeit zu bieten vom Marktplatz in die Eberhardstraße ohne Behinderung von derzeit vorhandenen Pollern an der Katholischen Kirche zu gelangen.

Stadtrat **Haag** erklärt sich ebenfalls mit dem Verfahren einverstanden. Mit der Aufwertung der Eberhardstraße werden neue Anreize geschaffen für weitere Investitionen. In diesem Zusammenhang sei eine stadtplanerische Begleitung sehr wichtig. Der Durchgangsbeziehungsweise Abkürzungsverkehr von 45% werde dieser Strasse nicht gerecht. Hier seien Überlegungen wichtig, wie dies zu unterbinden sei. Insgesamt sieht Stadtrat Haag das Projekt auf einem guten Weg.

Die Einrichtung des Museums, so Stadträtin **Burkhardt**, führe zu einer Aufwertung der Eberhardstraße, die längst fällig gewesen sei. Aus Gesprächen mit Geschäftsleuten aus dem Bereich zur Wilhelmstraße hin, habe sie erfahren, dass diese von der Umgestaltung der Eberhardstraße außerordentlich begeistert seien. Neugierig sei man auf die schriftlichen Pläne.

Mit dem Verfahren sei die Fraktion der Freien Wähler, so Stadtrat **Glasbrenner**, ebenfalls einverstanden. Seiner Fraktion sei eine Bürger- beziehungsweise Betroffenenbeteiligung sehr wichtig.

BM **Schmid** erklärt, aus seiner Sicht sei die inhaltlich Diskussion sehr schwierig, insbesondere wenn man den weiteren Bauabschnitt um die Katholische Kirche ansehe. Zur Ablaufplanung erklärt BM Schmid, eine Unterschriftenliste habe die Verwaltung mehr oder weniger aufgefordert, in der Eberhardstraße aktiv zu werden. Diese Interessengruppe wurde ins Büro von BM Schmid eingeladen und hierbei habe man festgestellt und festgelegt, dass es einen weiteren Termin geben müsse.

Frau **Lehoczki** ergänzt, in der ersten Runde habe man bereits angekündigt, dass es einen weiteren Termin geben werde, da es sowohl Fragen der Verwaltung als auch Fragen der Betroffenen geben werde. Man habe bewusst die Gruppe klein gehalten und bereits im November die Beteiligten gebeten, zwei Vertreter zu benennen und diese dann über Frau Füssinger der Verwaltung mitzuteilen.

Empfehlungsbeschluss:

1. Auf Grund des § 142 Baugesetzbuch (BauGB) und § 4 Abs. 1 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO), in der jeweils gültigen Fassung, wird folgende Satzung zur Änderung der am 16.12.2010 vom Gemeinderat der Stadt Ludwigsburg beschlossenen Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebiets ASP „Untere Stadt“ beschlossen.

Vorbemerkung

Mit der vorliegenden Satzungsänderung wird der bisherige Geltungsbereich des Sanierungsgebiets ASP „Untere Stadt“ um die ausschließlich öffentlichen Flächen der gesamten Eberhardstraße (Flst. 181), Teile des Marktplatzes („Bei der katholischen Kirche“, Flst. 185/1), sowie Anschlussflächen des Kaffeebergs (Flst. 188), der Alten Gasse (Flst. 193) der Bärenstraße (Flst. 183) und der Wilhelmstraße (Flst. 150) gemäß beiliegendem Lageplan des Referats Nachhaltige Stadtentwicklung vom 18.01.2012 erweitert.

§ 1**Erweiterung des Sanierungsgebietes**

Das vom Gemeinderat der Stadt Ludwigsburg mit Satzung vom 16.12.2010 förmlich festgelegte Sanierungsgebiet ASP „Untere Stadt“ wird auf den im Lageplan des Referats für Nachhaltige Stadtentwicklung der Stadt Ludwigsburg vom 18.01.2012 abgegrenzten Bereich erweitert.

Das erweiterte Sanierungsgebiet umfasst alle Grundstücke und Grundstücksteile innerhalb der in dem beiliegenden Lageplan abgegrenzten Flächen. Der Lageplan ist Bestandteil der Satzung und als Anlage beigefügt.

§ 2**Verfahren**

Die erweiterte Sanierungsmaßnahme „Untere Stadt“ wird im vereinfachten Verfahren nach § 142 Abs. 4 BauGB durchgeführt. Die Anwendung der besonderen sanierungsrechtlichen Vorschriften der §§ 152 bis 156 a BauGB ist ausgeschlossen.

§ 3**Genehmigungspflichten**

Die Vorschriften des § 144 BauGB über genehmigungspflichtige Vorhaben, Teilungen und Rechtsvorgänge finden Anwendung.

Die Genehmigung für die Bestellung grundstücksbelastender Rechte gem. § 144 Abs. 2 Ziff. 2 BauGB wird jedoch allgemein erteilt.

§ 4**Inkrafttreten**

Diese Satzung wird gemäß § 142 Abs. 1 BauGB mit ihrer ortsüblichen Bekanntmachung rechtsverbindlich.

2. Aufgrund des § 143 Abs. 3 Satz 3 BauGB wird für das Sanierungsgebiet „Untere Stadt“ eine Frist von 15 Jahren als Durchführungszeitraum festgelegt. Die Durchführungsfrist im Sanierungsgebiet „Untere Stadt“ endet demnach am 31.12.2025.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Herr **Geiger** (Referat Nachhaltige Stadtentwicklung) schlägt vor, auch das Sterngebäude mit der Sternunterführung an der Wilhelmstrasse in das Sanierungsgebiet aufzunehmen (siehe Plan, Anlage 2 zum Protokoll). Weiter sagt Herr Geiger zu, dem Gemeinderat zur Sitzung am 29.02.2012 entsprechende Unterlagen vorzulegen.

Sodann stellt BM **Schmid** den abweichenden Beschluss zur Abstimmung.

TOP 3

Berichtswesen in der Stadt Ludwigsburg - Investitions-Kapazitäts-Steuerung (INKAS) im Baubereich

Vorl.Nr. 045/12

Beratungsverlauf:

Herr **Kohler** (FB Tiefbau und Grünflächen) erklärt, bei den betroffenen Maßnahmen seien weder die noch der Termin ein Problem. Die Flutung in den Zugwiesen sei sehr gut gelungen und der große Einweihungstermin sei für den 13.06.2012 vorgesehen. Weiter berichtet Herr Kohler, dass die Verwaltung mit dem Thema Prüfung der Mittelinsel in der Bottwartalstraße nochmals auf das Gremium zukommen werde. In der Friedensstraße sei im Frühjahr/Sommer 2012 der zweite Bauabschnitt vorgesehen.

Herr **Weißer** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) ergänzt den aktuellen INKAS-Bericht (Vorl. Nr. 045/12). Beim Projekt Kaiserstr. 30/32 – KO-Kaserne habe man derzeit Mehrkosten in Höhe von 35.000 EURO. Das Kinder- und Familienzentrum Hartenecker Höhe werde die veranschlagten Kosten voraussichtlich um 50.000 EURO überschreiten. Bei der Mathildenstraße 21 seien derzeit 20.000 EURO Mehrkosten zu verzeichnen. Beim Mehrgenerationshaus Grünbühl/Sonnenberg habe man durch die Schwierigkeit mit der Rohbaufirma Probleme mit den Kosten und dadurch komme der Terminverzug. Beim Stadtmuseum in der Eberhardstraße habe man eine Kostenerhöhung von 0,7% der Bausumme zu verzeichnen. Dies sei vor allem dem Projekt „Altbau“ geschuldet. Abschließend merkt Herr Weißer an, man sei in die Projekt rein gegangen, ohne vorher eine Kostenberechnung zu machen. Jetzt beschließe man erstmals das Raumprogramm und wenn klar sei, was geplant werden solle, werde die Kostenberechnung durchgeführt. Bislang wurde bei der Erstellung der INKAS lediglich Kostenschätzungen genommen.

Frau **Barnert** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) geht auf die Sanierung Uhland / Anton-Bruckner Schule ein. Hierbei geht sie auf den Terminverzug ein. Bei den Abbrucharbeiten sei schadstoffbelastetes Material zum Vorschein gekommen, welches einzeln entsorgt werden musste. Beim Beginn des Rohbaues habe sich Fäulnis dargestellt. Bei den Schachtarbeiten habe man festgestellt, dass das Fundament gegenüber der alten Planung größer sei und man deshalb den Aufzug um 20cm habe verschieben müssen. Die Sanierung des Altbaus sei nach Plan verlaufen, der Neubau könne dann auf Ende Oktober Anfang November fertig gestellt sein. Mit den betroffenen Schulen habe man diskutiert, wann ein Umzug möglich sei. Geeignet habe man sich auf die Faschingsferien, Februar 2013. Nach dem Umzug, könne dann mit der Generalssanierung der Justinus-Kerner-Schule begonnen werden und mit dem Goethe-Gymnasium dann im Herbst 2014. Insgesamt habe man eine Verzögerung von einem Jahr. Im Rahmen der Steuerungsgruppe Grundschulareal, habe man den Umzug mit den betroffenen Schulen diskutiert. Man sei zum Ergebnis gekommen, dass der Umzug in den Faschingsferien 2012 stattfinden solle.

Stadtrat **Glasbrenner** erklärt, es sei nicht nachvollziehbar, warum die Schule nicht bereits in den Herbstferien umziehen könne. Weiter möchte er wissen, ob es insgesamt eine Verzögerung in der Campussanierung gebe. Stadtrat Glasbrenner bemängelt, dass der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales über die Verzögerung nicht informiert wurde.

Herr **Reichert** (FB Bildung, Familie, Sport) erklärt, es habe sich nur dann keine Verzögerung ergeben, wenn die Schule in den Sommerferien 2011 umgezogen wäre.

Stadtrat **Griesmeier** pflichtet Stadtrat Glasbrenner bei. Man hätte lieber von der Verwaltung Informationen erhalten und nicht von betroffenen Eltern. Die Entscheidungen sollten möglichst langfristig gefasst werden, sodass ein Überblick entstehe, mit was und zu welchem Zeitpunkt zu rechnen sei. Stadtrat Griesmeier bittet die Verwaltung um mehr Transparenz.

Stadtrat **Gericke** bedauert, dass sich das Vorhaben um ein Jahr verschiebt. Man könnte sich überlegen in Zukunft mehr Puffer einzubauen, was er persönlich bedauern würde, da die Ziele die man sich selber steckt auch möglichst erreicht werden sollten.

Stadtrat Gericke bittet um Informationen bezüglich der Fällung von den Bäumen auf dem Gelände der Anton-Bruckner-Schule. Weiter bittet er die Verwaltung, bei umfangreicheren Fällungen von Bäumen, um Information im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt und um Aufzeigung in der Planung.

Frau **Barner** erklärt, die Fällung sei vom Fachbereich Tiefbau- und Grünflächen geprüft worden. Hier habe man die Zusage erhalten, dass neue Bäume gepflanzt werden würden.

BM **Schmid** erklärt, vom Baukörper her und von der Fernwärmeleitung her seien die Bäume nicht mehr zu halten. Der Auftrag der Nachpflanzung sei klar und zukünftig könne man sinnvollerweise im Baubeschluss darauf hinweisen.

TOP 4

**Neubau Straßenbeleuchtung
Haushalt 2012**

Vorl.Nr. 018/12

Beschluss:

Den in der Begründung und der Anlage dargestellten Maßnahmen zur Straßenbeleuchtung 2012 wird zugestimmt. Die im Haushaltsplan bei der FiPo. 2.6700.9610.000-0002 bereitgestellten und mit einem Sperrvermerk versehenen Mittel von 300.000,-- € werden freigegeben.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

Herr **Kohler** (FB Tiefbau und Grünflächen) stellt die Notwendigkeiten von Lampen in Ludwigsburg dar. Um die Straßenbeleuchtungen zu erhalten, sei man gezwungen zu handeln. Die Masten rosten zum Teil durch und bei den Freileitungen habe man das zusätzliche Problem der Quecksilberdampflampen. Ab 2016 werde es für die 1800 Quecksilberdampflampen keine Leuchtmittel mehr geben, sodass die Verwaltung hierfür einen Vorrat an Ersatzbirnen anlegen werde.

In der anschließenden Aussprache erklärt Stadtrat **Lutz**, die Erneuerungsmaßnahmen seien nötig. Nicht ganz schlüssig seien seiner Fraktion das Lichtkonzept und die Art der Leuchten. Wichtig sei, dass die Stadt ein einheitliches Konzept habe, welches auch durchgezogen werde.

Stadtrat **Juranke** merkt an, der Antrag mit der Vorl.Nr. 523/11 der SPD-Fraktion habe lediglich verhindern sollen, dass Fehlinvestitionen getätigt werden. Wichtig sei die Technik, die solle auf dem neuesten Stand sein.

Stadtrat **Glasbrenner** konstatiert, dass das Geld beim Neubau Straßenbeleuchtung gut eingesetzt sei. Wichtig sei seiner Fraktion, dass die Erneuerung nur nach Bedarf erfolgen solle und nicht nach Wünschen.

Stadträtin **Schübler** geht es nicht um die Höhe der Freigabe, sondern für was die Summe von 300.000 EURO freigegeben werde. Sie vertritt die Meinung, bevor ein Vorrat von Glühbirnen angeschafft werde, sei es gegebenenfalls sinnvoller gleich umzurüsten. Bei den Historischen Gebäuden, hier führt sie das Beispiel Musikhalle am Busbahnhof auf, stelle sie sich die Frage, ob nicht über eine komplette Erneuerung des Lichtkonzeptes nachgedacht werden müsse.

Stadtrat **Haag** erklärt, die Beleuchtungsqualität müsse stimmen. Erhaltungsaufwand und Erweiterung seien aufgeführt worden und notwendig sei eine gewisse Flexibilität. Veränderungen bekomme man mit der neuen Technik und auf diese müsse die Verwaltung vorbereitet sein.

Stadträtin **Burkhardt** erklärt, die Maßnahmen in 2011 seien notwendig gewesen und ebenso jetzt in 2012. Nicht klar sei, nach welchen Kriterien die Planung für 2012 erfolgt sei. So sei lediglich der Bahnhof aufgeführt, wo Ihrer Meinung nach die Asperger Straße oder der Marktplatz eine Beleuchtung dringend notwendig hätten. Sie schließt sich den Ausführungen der CDU-Fraktion an und erwarte ebenfalls ein Konzept auf Grundlage nachvollziehbarer Kriterien.

Herr **Kohler** beantwortet Fragen zum Beleuchtungskonzept. Das Büro Hägele und Bartenbach befasse sich sowohl mit der Innenstadt als auch mit dem Thema Friedenskirche. Durch den dringenden Handlungsbedarf, wie zum Beispiel bei der Standsicherheit der Masten, befasse man sich durchaus mit der neuen LED-Technik. Herr Kohler erklärt, beim Busbahnhof gehe es lediglich um das Anbringen von Strahlern mit LED-Technik auf der Mittelinsel.

Auf Nachfrage von Stadtrat **Juranek** bezüglich der Fördermaßnahmen, erklärt Herr **Kohler**, die Bundesregierung fördere die LED-Technik, doch habe man keine Informationen dahingehend, ob die Förderung auch noch für 2013 gelte.

Im Anschluss lässt BM **Schmid** über die Vorl.Nr. 018/12 abstimmen.

TOP 4.1

**Erneuerung von Beleuchtungsanlagen
- Antrag der CDU-Fraktion vom 21.11.2011**

Vorl.Nr. 518/11

Beratungsverlauf:

Der Antrag mit der Vorl.Nr. 518/11 ist mit Bericht der Verwaltung zur Vorl.Nr. 018/12 erledigt.

TOP 4.2

**Lichtraumkonzeption
- Antrag der SPD-Fraktion vom 21.11.2011**

Vorl.Nr. 523/11

Beratungsverlauf:

Der Antrag mit der Vorl.Nr. 523/11 ist mit Bericht der Verwaltung zur Vorl.Nr. 018/12 erledigt.

TOP 4.3

**Kleinere Schritte beim weiteren Ausbau der
Stadtbeleuchtung
- Antrag von Stadträtin Lange vom 18.11.2011**

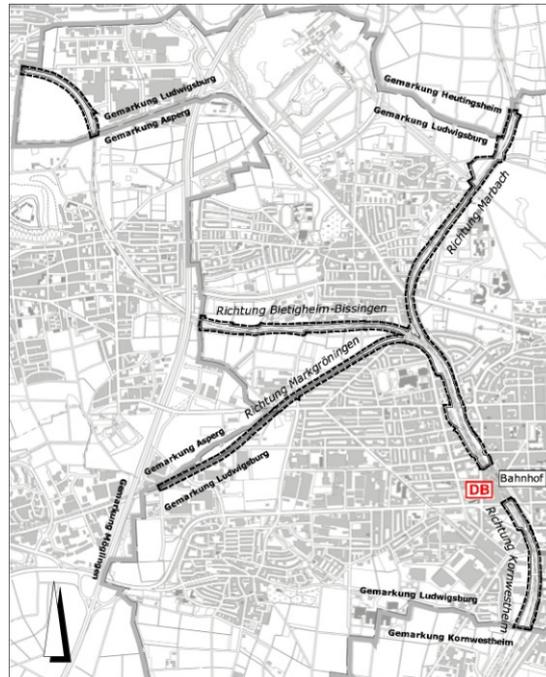
Vorl.Nr. 564/11

Beratungsverlauf:

Der Antrag mit der Vorl.Nr. 564/11 ist mit Bericht der Verwaltung zur Vorl.Nr. 018/12 erledigt.

Empfehlungsbeschluss:

I. Die Stellungnahmen, die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 BauGB und § 4a Abs. 3 BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 BauGB und § 4a Abs. 3 BauGB eingegangen sind, werden zur Kenntnis genommen. Sie führen nach Abwägung der privaten und öffentlichen Belange gegeneinander und untereinander zu keiner Änderung der bisherigen Planung, die zu einer erneuten Beteiligung führen würden.



II. Aufgrund von § 10 Baugesetzbuch (BauGB) und § 74 Landesbauordnung (LBO) in Verbindung mit § 4 Gemeindeordnung (GemO) werden entsprechend dem Antrag des Bürgermeisteramtes (Fachbereich Stadtplanung und Vermessung) vom 02.02.2012 der

Bebauungsplan und die örtlichen Bauvorschriften „Bahnanlagen“ Nr. 016/10

nach Abwägung aller Belange als **S A T Z U N G** beschlossen.

Der Geltungsbereich umfasst im Wesentlichen die Flurstücke: 7800, 10155, 10209, 10156, 10155/1, 3354/4, 4091, 10120, 10151, 4085/3, 4083, 4085, 4085/2, 3969/5, 3354/3, 3904, 3600, 3354/2, 3850, 3354/1, 3353, 3354, 3363/4, 3363, 3527/1, 3363/2, 828, 539, 1234, 1230, 3364, 3377, 3368, 3363/1, 3206/1, 2905, 3363/3, 2849, 2846, 2851, 5669.

Maßgebend ist der Bebauungsplan und die örtlichen Bauvorschriften des Fachbereiches Stadtplanung und Vermessung vom 02.02.2012, bestehend aus dem Lageplan mit Zeichenerklärung und Textteil sowie die Begründung vom 02.02.2012.

Diesem Beschluss wird die Abwägung/Stellungnahme des Bürgermeisteramtes (Fachbereich Stadtplanung und Vermessung) mit der Begründung des Beschlussantrages vom 02.02.2012 und deren Anlagen zugrunde gelegt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Herr **Kurt** (FB Stadtplanung und Vermessung) erklärt, die Verwaltung befinde sich im Berufungsverfahren vor dem, VGH. Planungsvertrauensschaden entstehe nach Prüfung nicht. Ein Prozesskostenrisiko bleibe weiterhin. Bei dem niedrigen Streitwert empfiehlt er dem Gremium, das Verfahren zum Abschluss zu bringen.

Stadtrat **Greismeier** erklärt, die SPD-Fraktion unterstütze die Position der Stadt Ludwigsburg im vollen Umfang und man werde der Vorl.Nr. 035/12 so zustimmen.

Auf Nachfrage von Stadtrat **Haag**, welches die Unterschiede zwischen der Werbung der Bahn betreffend und der Bahn nicht betreffend sei, erklärt Herr Kurt, es gebe die Bahnfremde und die Bahnbezogene Werbung. Bahnbezogene Werbung werde und wolle man nicht ausschließen. Fremdbezogene Werbung ist mit dem Bebauungsplan ausgeschlossen.

Im Anschluss lässt BM **Schmid** über die Vorl.Nr. 035/12 abstimmen.

TOP 6

Bürgerversammlung zur Parkraumkonzeption Oststadt - Antrag der CDU-Fraktion vom 24.01.2012

Vorl.Nr. 024/12

Beratungsverlauf:

Stadtrat **Lutz** geht kurz auf den CDU Antrag mit der Vorl.Nr. 024/12 ein. Nach dem beschlossenen Parkraumkonzept sei es seiner Fraktion wichtig zu erfahren, wie es weitergehe um endgültige Klarheiten zu schaffen.

BM **Schmid** berichtet darüber, was die Verwaltung bereits vorbereitet habe. Los gehen werde es zur Blühenden Barock Zeit im März 2013. Wichtig sei, dass die PAG beauftragt werde im Aufsichtsrat die entsprechende Vorbereitung zu übernehmen. Dies werde vermutlich in der Aufsichtsratssitzung im Frühjahr 2012 geschehen. Die Bauarbeiten könnten dann im September 2012 auf der Bärenwiese losgehen. Das Gremium werde sich dann noch mit verschiedenen Punkten, wie der Parkgebührensatzung beschäftigen müssen. Bei der Öffentlichkeitsarbeit werde man so schnell wie möglich versuchen das Thema ins Internet zu stellen. Man sei ebenso dabei zu prüfen, ob ein Bürgertelefon eingerichtet werden könne. Die Sitzungsplanung und die kommunalpolitische Entscheidung versuche man gebündelt dem Gremium vorzulegen. BM Schmid sagt einen Pressetermin nach den Sommerferien zu, in dem nochmals die Rahmenbedingungen erläutert werden.

Stadträtin **Liepins** und Stadtrat **Glasbrenner** verstehen den Begriff „Bürgerversammlung“, den die CDU-Fraktion in ihrem Antrag fordert, nicht. Stadtrat Glasbrenner erklärt, er könne nur dann für den Antrag stimmen, wenn dieser „Informationsveranstaltung zum Parkraumkonzeption Oststadt“ heißen würde.

Stadtrat **Gericke** dankt BM Schmid für die Ausführungen. Es seien die richtigen Inhalte darin und man habe auch nichts überstürzt, sondern mit langem Vorlauf und vielen Vorbereitungen den Entschluss gefasst. Die Intention der CDU-Fraktion sei richtig, aber nicht der Begriff „Bürgerversammlung“.

Stadtrat **Haag** erklärt, mit der großen Lösung habe man sich festgelegt. In der Bürgerschaft sei diese Lösung nur rudimentär bekannt und man müsse Wege suchen, wie man die Bürgerschaft informiert. Wichtig sei für ihn, die notwendigen Dinge abzuklären und sobald gesicherte Informationen vorliegen, eine Informationsveranstaltung durchzuführen.

Stadtrat **Lutz** korrigiert den Antrag mit der Vorl.Nr. 024/12 auf „Informationsveranstaltung. zum Parkraumkonzeption Oststadt“.

Stadtrat **Lettrari** erklärt, eine Informationsbroschüre sei wichtig, um nachzuvollziehen wie die Schritte vorgesehen seien

BM **Schmid** fasst abschließend zusammen, dass die Verwaltung eine Infobroschüre erstellen werde, das Parkraumkonzept Oststadt ins Internet einstelle und im Herbst erfolge eine Informationsveranstaltung.